

Parlamentarischer Pressedienst

Herausgegeben von der Parlamentsdirektion

A-1017 Wien-Parlament

Redaktion: Tel. 40110, DW 2260/2262, Telefax: DW 2537

Ausgabestelle: DW 22/2659, Verwaltung DW 2710

PARLAMENTSKORRESPONDENZ HEUTE: 27.04.1995

Nr. 319 Festsitzung/Präsident Fischer

Nr. 320 Festsitzung/Präsident Fischer

Nr. 321 Festsitzung/BR-Präsident Weiss

Nr. 322 Festsitzung/Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Nr. 323 Festsitzung/Bundeskanzler Dr. Vranitzky

Nr. 324 Festsitzung/Bundespräsident Dr. Klestil

Nr. 325 Festsitzung/Bundespräsident Dr. Klestil

Festsitzung 1 =

PARLAMENTSKORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 319

//NPA003, II, OTS//

Festsitzung

PARLAMENTSKORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 319

50. JAHRESTAG DER GRÜNDUNG DER ZWEITEN REPUBLIK

Festsitzung im Parlament

Wien (PK) – Am 29. März 1945 überschritten Verbände der Sowjetarmee die österreichische Staatsgrenze bei Klostermarienberg und erreichten in weiterer Folge Mitte April den Stadtkern von Wien.

Die Initiative zur Einrichtung einer für das gesamte Staatsgebiet bestellten Regierung wurde von Dr. Karl Renner, dem letzten Präsidenten des Nationalrates der Ersten Republik, ergriffen. Seinen Bemühungen war es zu verdanken, dass binnen weniger Tage mit Zustimmung der sowjetischen Besatzungsmacht unter seinem Vorsitz als Staatskanzler eine Provisorische Staatsregierung gebildet werden konnte.

Am 27. April 1945 unterzeichneten Dr. Renner und Dr. Schärf für die Sozialistische Partei Österreichs, Leopold Kunschak für die aus der Christlichsozialen Partei entstandene österreichische Volkspartei und Johann Koplenig für die Kommunistische Partei Österreichs die Unabhängigkeitserklärung. Darin wurde insbesondere normiert, dass "die demokratische Republik Österreich wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten ist", "der Anschluss null und nichtig ist" und "die Provisorische Staatsregierung vorbehaltlich der Rechte der besetzenden Mächte mit der vollen Gesetzgebungs- und Vollzugsgewalt betraut ist". Weiter wurde die Einsetzung der Provisorischen Staatsregierung und deren Regierungserklärung kundgetan.

Noch am selben Tag wurde die Provisorische Staatsregierung von Sowjetmarschall Tolbuchin empfangen, was eine "De-facto-Anerkennung" bedeutete.

50 Jahre danach gedenken heute der Nationalrat und der Bundesrat in einer gemeinsamen Festansprache der Gründung der zweiten Republik. Alles, was Rang und Namen hat, ist in dem blumengeschmückten Sitzungssaal der Bundesversammlung zugegen. Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY, Vizekanzler Dr. Erhard BUSEK und das Ministerkollegium nehmen auf der Regierungsbank und die geladenen Gäste im Halbrund des Saales Platz.

Die Zeremonie wird mit einer Festfanfare eingeleitet, unter deren Klängen Bundespräsident Dr. Thomas KLESTIL, begleitet von den Mitgliedern des National- und des Bundesratspräsidiums, Dr. Heinz FISCHER, Dr. Heinrich NEISSER und Mag. Herbert HAUPT sowie Jürgen WEISS, Walter STRUTZENBERGER und Dr. Herbert SCHAMBECK, einzieht.

Festsitzung 2 =

PARLAMENTS KORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 319

Präsident des Nationalrates Dr. Heinz FISCHER, der den Vorsitz führt, eröffnet die gemeinsame Sitzung und führt in seiner Ansprache aus: Hohes Haus!

"Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt", heisst es im Artikel 1 der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945.

Zur Erinnerung an dieses Ereignis vor genau 50 Jahren, zur Erinnerung an das Ende der NS-Diktatur, an das Ende des Krieges und an den Beginn des Wiederaufbaues eines selbständigen demokratischen Österreich wurden Nationalrat und Bundesrat zu einer gemeinsamen Festsitzung einberufen, die ich hiermit für eröffnet erkläre.

Ich begrüsse respektvoll den zu dieser Sitzung erschienenen Herrn Bundespräsidenten Dr. Klestil;

ich begrüsse die gesamte Bundesregierung mit dem Bundeskanzler an der Spitze.

Ich begrüsse die Altbundespräsidenten Dr. Kirchschläger und Dr. Waldheim.

Wir freuen uns sehr über die Anwesenheit der Vertreter der Länder und Gemeinden mit den Landeshauptleuten an der Spitze;

ich begrüsse die Vertreter des Diplomatischen Corps und die Vertreter der Religionsgemeinschaften;

ich heisse sehr herzlich willkommen alle ehemaligen Regierungsmitglieder der zweiten Republik, die unserer Einladung Folge geleistet haben, sowie

die ehemaligen Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates, die diese Versammlung durch ihre Anwesenheit auszeichnen;

Ich heisse ganz besonders willkommen die Gruppe jener Mitbürger, die 1938 unser Land verlassen mussten und die die Einladung angenommen haben, stellvertretend für viele andere, die vom NS-Regime zur Emigration gezwungen wurden, in diesen Tagen nach Wien zu kommen und an dieser Festsitzung als unsere Gäste teilzunehmen.

Und so darf ich sie alle sehr herzlich begrüssen, einschliesslich jener, die über Rundfunk und Fernsehen den Verlauf dieses Festaktes verfolgen.

Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! 50 Jahre ist es also her – und das schreckliche Kriegsgeschehen war noch gar nicht endgültig beendet–, als Karl Renner eine Proklamation der Provisorischen Staatsregierung an die Männer und Frauen von Österreich mit den Worten schloss: "Österreicher! Verzagt nicht! Fasset wieder Mut! Schliesst euch zusammen zur Wiederaufrichtung eures freien Gemeinwesens und zum Wiederaufbau eurer Wirtschaft! Vertagt allen Streit der Weltanschauungen, bis das grosse Werk gelungen ist!"

Immer noch ist man aufgewühlt, wenn man sich mit den Ereignissen aus jener Zeit beschäftigt, die ja auch rund um den 27. April 1945 noch voller Tragik und Dramatik waren.

Und man stellt sich naturgemäß die Frage: Ist das grosse Werk gelungen, von dem Renner und Kunschak, Figl und Schärf und viele andere damals geträumt und gesprochen haben?

Es wird von vielen Seiten her versucht, auf diese Frage Antwort zu geben: selbstbewusst oder selbtkritisch, zustimmend oder verneinend apodiktisch oder differenzierend.

Ich persönlich glaube, dass die gleiche Frage uns wahrscheinlich auch zum 60. oder zum 75. Geburtstag der zweiten Republik beschäftigen wird, weil die Geschichte bekanntlich keinen Endpunkt kennt, von dem aus das jeweils endgültige Urteil gesprochen werden kann, weil immer neue Fakten und Gesichtspunkte in die Entwicklung und Beurteilung einer Periode einfließen.

Aber eines kann man wohl sagen: Es ist Grossartiges geleistet worden von der Generation unserer Eltern und Grosseltern, von den Pionieren der zweiten Republik, von den Österreicherinnen und Österreichern, und es ist dies heute eine hervorragende Gelegenheit, dafür ein öffentliches und aufrichtiges Wort des Dankes zu sagen.

Freilich steht noch immer die Frage im Raum, wie denn das alles passieren konnte, was vor 50 Jahren sein schreckliches Finale in einem Meer von Trümmern, Blut und Tränen gefunden hat.

Wie man es fassen und begreifen soll, dass im 20. Jahrhundert – mitten in Europa – nicht nur ein mörderischer Krieg entfacht wurde, sondern darüber hinaus und gleichzeitig sechs Millionen Menschen, Männer, Frauen und Kinder, wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum oder wegen ihrer Zugehörigkeit zum Volk der Roma und Sinti oder als Homosexuelle oder als Behinderte oder psychisch Kranke oder eben wegen ihrer politischen Gesinnung umgebracht und ausgelöscht wurden.

Es konnte, meine Damen und Herren, passieren, weil Menschen nicht nur die Fähigkeit zum Guten, sondern auch die Fähigkeit zum Bösen in sich tragen; weil nicht nur Friedensliebe, sondern auch Bereitschaft zu Hass und Gewalt Teil der menschlichen Natur sein können; weil die Grenze zwischen Gut und Böse – wie Solschenizyn schreibt – oft mitten durch das Herz ein und desselben Menschen geht.

Und wenn dann Hass und Aggression nicht nur einzelnen Menschen ins Gesicht geschrieben sind, sondern geschürt und instrumentalisiert werden, wenn sie auf entsprechende Rahmenbedingungen stossen und Gewalt über Massen erlangen – Elias Canetti hat das alles sehr genau beschrieben –, dann können sie zu einer gewaltigen Kraft werden, die Humanität und Moral zerstört, die Recht und Demokratie zertrümmert. Und so geschah es auch im "Dritten Reich", in der sogenannten Ostmark in den schrecklichen Jahren zwischen 1938 und 1945!

Es ist daher eine der nobelsten und wichtigsten Aufgaben des Staates, solchen Entwicklungen entgegenzutreten und auf wirtschaftliche bzw. soziale Verhältnisse hinzuarbeiten, die ein Klima von Hass und Aggression vermeiden helfen.

Daher soll von dieser festlichen Versammlung, von dieser Volksvertretung am Geburtstag der Republik ein entschlossenes, wachsames und demonstratives Bekenntnis gegen Hass, gegen Terror, gegen Gewalt, gegen jede Gewalt abgelegt

werden! Und es ist auch eine noble Aufgabe und Verpflichtung, so glaube ich, das Versprechen, das gemeinsame Versprechen über die Errichtung eines Nationalfonds der Republik für die Opfer des Nationalsozialismus in den nächsten Wochen und Monaten einzulösen. (Fortsetzung)

nnnn

//NPA004,II,OTS//

Festsitzung

PARLAMENTS KORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 320

Wien (PK) – Präsident Dr. FISCHER fährt fort: Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! Verstärkt wird in diesen Tagen auch die Frage diskutiert, ob die Ereignisse vor 50 Jahren Befreiung oder Niederlage waren; ob man erhobenen oder gebeugten Hauptes dieser Tage gedenken soll.

Nun, es ist schon richtig, dass mit dem Ende des Krieges nicht das Ende aller Leiden und allen Unrechtes gekommen war.

Der Nationalsozialismus ist besiegt worden, aber in Teilen Europas sind auf seinen Trümmern neue Diktaturen und daher neues Unrecht gewachsen.

Aber eben NICHT in Österreich. Und genau das ist die Quelle unserer Freude und unseres Stolzes auf die letzten 50 Jahre.

Der frühere deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat schon vor zehn Jahren, im Mai 1985, in einer berühmten Rede darauf hingewiesen, dass das Ende der Hitler-Diktatur eben nicht das Ende aller Diktaturen war. Umso erfreulicher ist es, heute feststellen zu können, dass im fünften Jahrzehnt seit dem Ende des zweiten Weltkrieges auch im Osten Europas der Gedanke der Demokratie den Sieg über drückende, bedrückende Diktaturen errungen hat. Und so haben wir heute das Recht, die Kraft und die Bereitschaft, aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft zu gedenken und uns vor den Leiden aller Völker zu verneigen, die durch den Krieg und im Gefolge des Krieges gelitten haben

Aber eines kann dadurch nicht relativiert werden: dass 1945, vor 50 Jahren, die lange Nacht eines wahnsinnigen Krieges und einer schrecklichen Diktatur zu Ende ging und dass der Zusammenbruch dieser Diktatur ein befreiendes Ereignis war, das den Weg zu einem neuen, demokratischen und unabhängigen Österreich möglich gemacht und eröffnet hat.

Dass wir damals durch den Sieg der Koalition gegen Hitler die Chance erhielten, unseren Staat als zweite Republik neu zu gründen, Österreich als parlamentarische Demokratie wieder einzurichten, freie Wahlen durchzuführen und seit fünf

Jahrzehnten in Frieden leben zu dürfen.

Zu diesem Neubeginn, zu diesem Wiederaufbau, zu diesem Frieden, zu dieser zweiten Republik bekennen wir uns erhobenen Hauptes!

Herr Bundespräsident! Meine Damen und Herren! Schliesslich wäre an dieser Stelle noch zu fragen, wo wir heute stehen, wie die Bilanz aussieht und worauf wir uns vorbereiten müssen.

Ich habe schon von der Schwierigkeit gesprochen, einen allgemein gültigen Massstab zu finden, aber ich bin zutiefst überzeugt, dass die Österreicherinnen und Österreicher die Errungenschaften und die Freiheiten der zweiten Republik in ihrer Summe richtig beurteilen.

Und dort, wo Unbehagen und Verdrossenheit existieren, gibt es Ursachen, um die wir uns kümmern müssen und kümmern werden.

Und noch etwas: Wir müssen uns hüten, Politik zum "Kampfsport ohne Regeln" verkommen zu lassen. Dabei geht es in der Demokratie nicht darum, das Phänomen des Konfliktes zu verdrängen, sondern es geht darum, den Konflikt genau zu definieren und in fairer Weise auszutragen. Wir müssen den Gestaltungswillen der Politik stärken und anstreben, dass die Medien wiedergeben, was Inhalt der Politik ist, und nicht, dass Politiker reflektieren, was Inhalt der Medien ist.

Natürlich ist es viel leichter, Reformen, zu denen wir uns alle bekennen, zu fordern, als Veränderungen tatsächlich durchzusetzen. Aber hat nicht andererseits Elias Canetti recht mit seinem klugen Satz, der da lautet: "Man weiss nie, was daraus wird, wenn man die Dinge verändert; aber weiss man denn, was daraus wird, wenn man sie nicht verändert?"

Meine Damen und Herren! Die zweite Republik feiert ihren 50. Geburtstag. Sie hat die Mühen der Gebirge, die Mühen der ersten Jahrzehnte nach 1945 hinter sich gelassen, sie plagt sich vielleicht mit den Mühen der Ebene in Form des demokratischen Alltages, der weniger spektakulär, aber in seiner Art nicht geringere Mühen bereitet.

Wir sind zusammengekommen, um diesen Geburtstag gemeinsam festlich zu begehen.

Wir sind zusammengekommen, um allen Dank zu sagen, die zu der Entwicklung dieses Staates beigetragen haben. Wir sind zusammengekommen, um unseren Nachbarn und Nachbarstaaten, zu denen wir ohne Ausnahme gute und freundschaftliche Beziehungen pflegen, über die Staatsgrenze hinweg ein Wort des Grusses und der Verbundenheit zuzurufen.

Vor allem aber sind wir zusammengekommen, um uns einer Zukunft zuzuwenden, die eine österreichische, eine europäische, eine friedliche und eine demokratische sein soll und sein wird.

In diesem Sinne seien Sie alle nochmals sehr herzlich willkommen. (Fortsetzung)

nnnn

//NPA005,II,OTS//

Festsitzung

PARLAMENTSKORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 321

Wien (PK) – Präsident des Bundesrates Jürgen WEISS: Hochgeschätzter Herr Bundespräsident! Herr Präsident des Nationalrates! Festliche Versammlung!

Die heute vor 50 Jahren von den Vorständen der drei damals bestehenden politischen Parteien proklamierte Unabhängigkeitserklärung und Bildung einer Provisorischen Staatsregierung ist bereits für sich allein, aber erst recht stellvertretend für die weiteren nachfolgenden Ereignisse des Jahres 1945 ein mit Freude zu begehender denkwürdiger Anlass.

Befreit vom Joch nationalsozialistischer Gewaltherrschaft wurde mit der Unabhängigkeitserklärung bereits vor dem Ende des zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 eine Entwicklung eingeleitet, die unsere Republik von einem in sich selbst verunsicherten "Staat, den keiner wollte" zu einem politisch selbstbewussten, wirtschaftlich erfolgreichen, sozial gefestigten und auf dem Boden der Neutralität international aktiven Kleinstaat führte, der seit Jahresbeginn der Europäischen Union angehört und damit nach 50 Jahren aus einer Position der Stärke heraus eine neue Seite in unserer Geschichte aufgeschlagen hat.

Österreich hat für die Verirrungen der Ersten Republik und die Versuchungen des Dritten Reiches bitter bezahlt, aber vor 50 Jahren aus der Geschichte gelernt. Leopold Figl hat damals als Landeshauptmann von Niederösterreich als gemeinsames Ziel formuliert:

"Zusammenhalten, zusammenstehen und zusammenarbeiten."

Von diesem Geist waren dann auch tatsächlich jene Entwicklungen geprägt, die die Unabhängigkeitserklärung erst mit Leben erfüllten und wirksam werden liessen. Der 27. April ist im Rückblick auf das Jahr 1945 nicht das einzige denkwürdige Datum, und für sich allein wäre die Unabhängigkeitserklärung vermutlich auch gar nicht in der Lage gewesen, die Grundlagen für die ungeteilte Selbständigkeit und Freiheit Österreichs zu schaffen.

Die Einrichtung einer Provisorischen Staatsregierung unter der Führung Karl Renners

war begleitet von einer völlig eigenständig verlaufenden Wiedererrichtung der Selbständigkeit der Bundesländer.

Durch die einzelnen Militärregierungen wurde jeweils bald nach dem Ende der Kampfhandlungen auf Landes- und Gemeindeebene durch provisorische Organe wieder eine damals tatsächlich weitgehend auf sich selbst gestellte Selbstverwaltung eingerichtet. Erst nach und nach und mit heute kaum mehr vorstellbaren Erschwernissen war es möglich, sich über Länder- und Zonengrenzen hinweg zu verstündigen.

Die Wirksamkeit der Provisorischen Staatsregierung war im wesentlichen auf die sowjetische Zone beschränkt, zumal sie von den anderen drei Mächten nicht anerkannt war und somit auch rechtlich gar nicht bundesweit wirksam sein konnte.

In dieser Zeit der Ungewissheit war für die führenden politischen Kräfte in den Ländern und in der Provisorischen Staatsregierung aber eines gewiss: der gemeinsame Wille zur Einheit Österreichs, zur Wiederherstellung der Republik auf den 1920 geschaffenen Grundlagen des Verfassungsrechts und einem neuen Fundament des gegenseitigen Vertrauens.

Der spätere Tiroler Landeshauptmann Eduard Wallnöfer beschrieb diese damaligen Beweggründe wie folgt: "Nur in einem demonstrativen Bekenntnis zur Einheit Österreichs sahen die damaligen Staatsmänner die einmalige Gelegenheit, der gesamten Welt und den Besatzungsmächten zu zeigen, dass sich die Österreicher einmütig und geschlossen zum gemeinsamen Vaterland bekennen und gewillt sind, den eigenen Staat wieder aufzubauen und in eigener Verantwortung zu führen."

Das klingt heute selbstverständlich, aber wenn wir offenen Auges die inzwischen eingetretene Erosion des damaligen gegenseitigen Vertrauens bedenken, können wir die in der Nachkriegszeit vorhandene Kraft des politischen Brückenbaues nicht dankbar genug würdigen.

Eine der wichtigsten und tragfähigsten Brücken von der Unabhängigkeitserklärung zur Wiederherstellung demokratisch legitimierter Verfassungsorgane durch die Nationalratswahl und die Landtagswahlen vom 25. November waren die im

September und Oktober im niederösterreichischen Landhaus abgehaltenen drei Länderkonferenzen. Sie sollten die Voraussetzungen formulieren, unter denen die provisorische Staatsregierung und die vorläufige Verfassung in ganz Österreich Wirksamkeit erlangen könnten.

Die erste Länderkonferenz vom 24. bis 26. September besiegelte das Zusammenwirken der Bundesländer mit der Provisorischen Staatsregierung, ihre Beteiligung an den Regierungsgeschäften und die Einigung auf die Durchführung gemeinsamer Wahlen. Erst auf der

Grundlage dieser Länderkonferenz erfolgte die Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung durch die drei westlichen Besatzungsmächte, mit der die Gefahr der Teilung Österreichs ähnlich dem Schicksal Deutschlands überwunden wurde.

Sie war somit nach der Unabhängigkeitserklärung der zweite Gründungsakt der neuen Republik, 'und ohne diese Länderkonferenz wäre der bis 1955 dauernde Weg von der Befreiung zur ungeteilten Freiheit wohl nicht möglich gewesen.'

Es ist auch fraglich, ob Österreich ohne die 1918 und 1920 an der Wiege der Ersten Republik ebenfalls in Länderkonferenzen geschaffene bundesstaatliche Struktur die Möglichkeit, die Bereitschaft und die Kraft gehabt hätte, die drohende Teilung zu überwinden, gemeinsam für die Einheit einzutreten und die dafür notwendige Anerkennung der Provisorischen Staatsregierung zu betreiben.

Ebenso wie die Gründung der Ersten und zweiten Republik kam schliesslich auch der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union durch das Zusammenwirken der Bundesländer mit dem Bund zustande, wobei sie in den Jahren des Abwartens und Abwägens die treibende Kraft für das Beitrittsgesuch waren.

Dabei wurde die nicht zur Gänze ausgeräumte Sorge überwunden, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union führe parallel mit ihrer Weiterentwicklung zu einem substantiellen Bedeutungsverlust der Landtage. Dieses Risiko wurde von der Zuversicht aufgewogen, dass sich als notwendiges und sachgerechtes Gegengewicht zu Vereinheitlichung und Zentralisierung in erster Linie die bürger näheren regionalen Einheiten und nicht so sehr die Nationalstaaten herausbilden werden, da diese ja

selbst die Entscheidungen der Europäischen Union herbeiführen.

Das über den Nationalstaaten errichtete gemeinsame grosse europäische Dach wird in den Stürmen der Zeit nur dann die nötige Festigkeit haben, wenn die Fundamente breiter regionaler Verankerung nicht geschwächt, sondern gestärkt werden.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union hat Österreich eine Staatsreform von aussen vollzogen, die auch einer ergänzenden Reform von innen bedarf, mit der die Verteilung von Aufgaben und die Gewaltenteilung wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Dabei wird es notwendig sein, dem Subsidiaritätsprinzip als Baugesetz einer offenen und menschengerechten Gesellschaft auch innerstaatlich wieder jenen Stellenwert zu geben, den wir selbst gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vieler anderer Mitgliedstaaten in der Europäischen Union in verstärktem Ausmass verwirklicht haben wollen.

50 Jahre zweite Republik und 75 Jahre Bundesverfassung, die wir heuer ebenfalls feiern können, verführen in diesem Zusammenhang gelegentlich dazu, beide als überaltert darzustellen. Was wir tatsächlich brauchen, ist eine Überwindung einzelner Probleme und Verhaltensweisen, aber keinesfalls eine Überwindung jener Republik, die heuer vor fünfzig Jahren aus der Überwindung von Hass, Gewalt und Rechtlosigkeit geschaffen wurde.

Heute wie damals ist "Optimismus Pflicht", wie es Karl Popper bei einem seiner letzten öffentlichen Auftritte formulierte und so begründete: "Das schliesst nicht nur ein, dass die Zukunft offen ist, sondern auch, dass wir alle sie mitbestimmen durch das, was wir tun. So ist es unser aller Pflicht, statt etwas Schlimmes vorauszusagen, uns einzusetzen für jene Dinge, die die Zukunft besser machen können."

Wenn wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Herausforderung im Geiste der Unabhängigkeitserklärung und der Länderkonferenzen des Jahres 1945 annehmen, muss uns um die Zukunft der zweiten Republik nicht bange sein.
(Fortsetzung)

nnnn

//NPA006, II, OTS//

Festsitzung

PARLAMENTS KORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 322

Wien (PK) – Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY: Herr Bundespräsident! Herr Präsident des Nationalrates! Herr Präsident des Bundesrates! ·Meine Damen und Herren Abgeordneten und Bundesräte! Liebe Gäste! Hohe Festversammlung!

In diesen Tagen erinnern wir uns an die Wiedererrichtung des demokratischen Staates, wir erinnern uns an die schwierigen Tage des Wiederaufbaus, und wir zeichnen die Geschichte der Entwicklung eines halben Jahrhunderts nach, die gemeinhin als Erfolgsgeschichte ausgewiesen wird. Mit berechtigtem Stolz kann Österreich heute als eines der jüngsten EU-Mitglieder auf Spitzensätze hinweisen, was seinen Rang als Wirtschaftsnation betrifft, was seine Lebensqualität und was seinen sozialen Status betrifft.

In einem beliebten Kinderlexikon der fünfziger Jahre wird Österreich folgendermassen vorgestellt:

"Österreich ist ein Land, so klein, dass Du es mit dem kleinsten Deiner Finger auf der Weltkarte verdecken kannst. Und doch besuchen viele Menschen aus aller Welt Österreich."

Gäste aus anderen Ländern werden heute auf ein anderes Österreich treffen. Das Bild, das die Österreicher von sich selber machen, wird nicht mehr dominiert sein von Kleinheit, von Abgeschlossenheit, von Abhängigkeit. Nach Friedrich Torberg sind die heutigen Österreicher in jedem Fall besser dran als die Vorfahren: Wenn sie "Österreich" sagen, so wissen sie, was sie meinen, und wenn sie sich zu diesem Österreich bekennen, so wissen sie, warum.

Und doch gibt es darüber hinaus einiges, was es zu erklären gäbe. Unseren Gästen, aber auch uns selber.

Die Republik feiert ihren 50. Geburtstag. Sie feiert ihn massvoll. Ohne Pomp, ohne falsches Pathos, ohne militärisches Gepränge.

Sie feiert am 27. April, und das bewusst. Denn am 27. April 1945 haben die damaligen

demokratischen und antifaschistischen Parteien die Unabhängigkeit Österreichs erklärt. Eine Unabhängigkeit vom Anschluss an Deutschland, eine Unabhängigkeit vom Joch des Nationalsozialismus, eine Unabhängigkeit, über seine eigenen Geschicke mehr oder weniger selbst bestimmen zu können – damals zunächst weniger. Das neue Österreich entsteht am 27. April 1945 und dieses Datums wollen wir gedenken. Auch wenn Deutschland erst wenige Tage später, und zwar am 8. Mai, kapituliert hat und damit der zweite Weltkrieg beendet wurde.

Vielleicht sind das Spitzfindigkeiten, aber von allen historischen Tagen, derer wir jetzt gedenken, ist die Geburtsstunde des demokratischen Österreich einer von herausragender Bedeutung.

Österreich feiert seinen Geburtstag auch im Bewusstsein, dass es eine Art Wiedergeburt war. Und in diesem Sinn ist der 27. April 1945 wohl nur unter Hinweis auf die Jahre 1918, 1927, 1933, 1934 und 1938 zu verstehen.

1945 ist deshalb nicht die Stunde Null, 1945 hat eine Vorgeschichte, die wir immer mitzudenken haben.

Kein Blick zurück – immer nur voraus, in die Zukunft: Das war das Motto des Jahres 1945. Nach Verantwortlichkeit oder gar Schuld wollte man nicht fragen, kein Blick zurück – die Antworten wären vielleicht auch nicht für jeden bequem gewesen.

Wenn wir heute, 50 Jahre danach, auf diese Zeit blicken, so tun wir das sicher aus der bequemen Rolle der später Urteilenden. Aber wir sollten sehr bewusst auch den Blick zurück werfen, damit es eben nicht wieder zu einer Stunde Null kommt. Wer an einem solchen Tag nicht auch überprüft, woher er kommt, wird die Orientierung nicht finden, wohin er geht.

Das Bewundernswerte an der damaligen Einstellung ist der unbedingte Wille zur Gemeinsamkeit, zum Neuanfang und zum Wiederaufbau. Was aber nicht verklärt werden soll, ist die Tendenz zur Versöhnung von Gegensätzen durch übergehen der Ursachen. Unser Selbstbewusstsein, unsere Selbständigkeit und Identität sind heute unbestreitbar und unzweifelhaft gross genug, um uns mit der Wahrheit nüchtern und

sachlich umgehen zu lassen. Mir scheint das wichtig, um die damalige Zeit richtig beurteilen zu können, mir scheint es aber auch wichtig, um die heutige Zeit ohne Zorn und Eiferung, aber mit grossem Eifer gestalten zu können.

Erst kürzlich hat die "Neue Zürcher Zeitung" geschrieben, dass sich Österreich an einem Wendepunkt befindet. Es müsse, so wurde hinzugefügt, der äusseren Wende nach dem EU-Beitritt auch die innere Wende folgen. Und viele Kommentatoren und Beobachter konstatieren tatsächlich ein gewisses Mass an Unruhe und Unsicherheit im politischen Leben.

Was ist passiert? – So wie 1945 nicht die Stunde Null war, sondern ein wichtiger Einschnitt, von dem aus man in eine damals ebenso ungewisse Zukunft aufbrechen musste, erleben auch wir Heutigen eine Entwicklung, die vielleicht rascher und intensiver vor sich geht, die aber ganz sicher keinen Wendepunkt darstellt. Unser heutiges Österreich kann aufbauen auf dem, was in den letzten 50 Jahren geschaffen wurde. Unser heutiges Österreich lebt sehr gut in und mit dem, was aufgebaut wurde und unser heutiges Österreich täte schlecht daran, alles über Bord zu werfen.

Gehen wir einmal wirklich in uns und vergessen das Laute und Aufgeregte des alltäglichen öffentlichen Lebens, dann müssen wir doch feststellen, dass es unserem Land und seinen Bewohnern – wenn wir alles in allem nehmen – noch nie so gut gegangen ist wie heute.

Was wie eine banale Feststellung klingen mag, ist für ein korrektes Bild wichtig.

Deshalb ist in Österreich keine Wende notwendig, auch keine Halse, was notwendig ist, ist das Schiff klar auf Kurs zu halten, sicher über Stromschnellen und an Strudeln vorbeizulenken, Strömungen und Winde auszunutzen und ohne abrupte Manöver die notwendigen Kurskorrekturen und -anpassungen durchzuführen.

Da sind Aufgeregtheiten und Panikmache, da sind Kleinmut und Ängstlichkeit sicher fehl am Platz.

Seit 1989, als Grenzen und Mauern fielen, hat sich viel geändert. Es ist nicht abzusehen, dass sich dieser Wandel verlangsamt. Wenn sich also die grossen neuen

Trends der Gegenwart mit derart erstaunlicher Geschwindigkeit durchsetzen und längst unsere Wirklichkeit bestimmen dürfen die, die Verantwortung tragen, nicht nachlassen, mitzuhalten, mitzugestalten und mitzubestimmen.

Dazu ist aber eine scharfe Sicht der neugestaltenden Wirklichkeit notwendig. Eine scharfe Sicht, wohlgemerkt, und nicht etwas, was diese Sicht verstellt oder gar vernebelt. Max Weber hat unsere rationalistisch-bürokratische Welt schon am Beginn des Jahrhunderts als "entzauberte Welt" bezeichnet. Eine Welt, in der, wie er sagte, falsche Zauberer eine grosse Gefahr darstellen. Von diesen falschen Zauberern haben wir in der Geschichte schon genug gehabt. 50 Jahre sind wir in dieser zweiten Republik ohne sie ausgetreten und das wird auch für die Zukunft gelten.

Es geht in diesen Tagen darum, weder ein leichtsinniges Himmelhochjauchzen noch ein dumpfes Zutodebetrübt zu verkünden.

Aber der Realist hat schon Abschied genommen von einer – zumindest vermeintlich – festgefügten Weltstruktur, gekennzeichnet von einer stabilen und vor allem vorausberechenbaren Wirtschafts- und Militärstruktur, bestimmt von politischen und sozialen Systemen, die eine gewisse Stabilität aufwiesen.

Manchmal wird heute ein Bild der Schwäche, der Zurückhaltung, der Routine und der Ratlosigkeit gezeichnet, das nebst anderen auch auf die Stimmung drückt. Ich meine, es ist dies auch ein Problem der Erwartungshaltung – durchaus verständlich: In Zeiten rascherer Entwicklung, die zudem komplex und unübersichtlicher sind als je zuvor, wächst die Erwartung klarer Antworten, auch eindeutiger Verantwortungen. Ich glaube nicht, dass Politik und Politiker ratloser geworden sind, sie werden nur zunehmend zu einer Art "universeller Verantwortungsnehmer", frei nach Luhmann, der auf möglichst alles, möglichst rasch, möglichst generell und möglichst konkret Antworten parat zu haben hat.

Ich will das nicht mit der Quadratur des Kreises gleichsetzen, aber wie auch immer, die Politik ist sehr wohl dazu aufgerufen, neben einer guten, ehrlichen und soliden Verwaltung des Gegenwärtigen, Zukunft zu formulieren. Das ist, ich sage es ganz offen, ein schwieriges Unterfangen: Einerseits gut zu regieren, was als

selbstverständlich genommen wird und erst dann auffällt, wenn es zu Defiziten oder Skandalen kommt. Und zusätzlich noch Zukunft zu formulieren, Hoffnung, Visionen und Perspektiven zu vermitteln. Es ist aber notwendig und nicht nur eine Herausforderung, die sich der Politik stellt, sondern allen, die sich dem Allgemeinwohl, der gemeinsamen Sache in irgendeiner Weise verpflichtet fühlen.

Zukunft formulieren heisst, auch Sicherheiten zu schaffen. Allzuoft wird mit Verunsicherung gearbeitet. Vielen geht es darum, die Menschen zu verunsichern, mit ihren Gefühlen zu spielen und sie gegeneinander auszuspielen. Im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert muss es doch vielmehr darum gehen, Angst zu nehmen und Sicherheit zu geben. Gehen wir doch von diesen Feierstunden weiter, und verschreibe sich jeder einzelne höchstpersönlich dem Vermeiden von Gewalt, dem friedlichen, aber entschiedenen Kampf gegen jede Form der Unterdrückung und Gewalt gegenüber anderen Menschen.

Dazu gehört eine Sprache, die nicht verunsichert, die nicht aufhetzt, sondern die die Möglichkeiten gibt, Vertrauen zu bilden, um sich wirklich zu verstndigen.

Auch wenn ich mir über die Notwendigkeit der Verkürzung und der Verknappung bewusst bin, auch wenn ich mir bewusst bin, dass in einer Zeit der raschen Informationsübermittlung und der zunehmenden Bildsprache das knappe Wort immer mehr an Bedeutung gewinnt, darf uns darüber nicht der Atem ausgehen und der Wille zum Gespräch miteinander. Und das durchaus öffentlich. Denn Demokratie heisst für mich auch und vor allem, Argumente gegeneinander abzuwägen, Für und Wider genau zu prüfen, auf Vorschläge einzugehen, sie auch abzulehnen, aber mit Begründung. Das muss sich die Demokratie, das müssen sich die politischen Parteien und ihre Whler leisten können, soviel Zeit, soviel Toleranz, soviel Achtung voreinander muss es geben, dass man zuhört und einander ernst nimmt. Die grossen Themen unserer Zeit lassen sich einfach nicht mit Slogans, mit Parolen, mit Kurzantworten bewältigen. (Fortsetzung)

nnnn

//NPA007, II, OTS//

Festsitzung

PARLAMENTS KORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 323

Wien (PK) – Was also haben wir vor uns?, sagt Bundeskanzler Dr. VRANITZKY weiter. Ich meine: Gedanklich leben die meisten von uns noch immer im Zeitalter der industriellen Revolution. In Wahrheit sind wir ja schon längst mitten in der Informationsrevolution in der Informationsgesellschaft.

Österreich befindet sich mitten in einer Welt, die ohne die Balance der grossen Blöcke unsicherer ist als früher. Wanderungen, Fundamentalismus, Nationalismus und internationale Verteilungskämpfe tragen zu dieser Unsicherheit bei. Österreich muss als neutrales Land und als neues Mitgliedsland der Europäischen Union seinen Beitrag zu stabilisierenden, transnationalen Sicherheitsstrukturen liefern.

Wir erkennen eine Globalisierung und Vernetzung aller Probleme und doch ist gleichzeitig die Gesellschaft mehr aufgesplittet und mehr dezentralisiert, als sie es je war.

Das Wesen der Nationalstaaten zwischen supranationaler Vereinigung und regionalen Bedürfnissen verändert sich rapid.

Wir dürfen die Augen nicht davor verschliessen, dass die Verteilung des Reichtums dieser Erde in keiner Weise gerecht ist und die sozialen, gesundheitlichen und ökonomischen Probleme sich immer mehr verschärfen. 20% aller Menschen sind Bewohner von Industrienationen; sie nehmen 80% der natürlichen Reichtümer der Welt und 80% des Welteinkommens für sich in Anspruch.

Wir haben noch schneller als bisher an der Lösung der ökologischen Probleme zu arbeiten, um Katastrophen zu verhindern, die irreparabel sind.

Die alten weltanschaulichen Konfrontationen sind in den Hintergrund getreten. Vielen Menschen gilt deshalb der gegenwärtige gesellschaftliche Diskurs sinnentleert, obwohl er sich vielleicht nur in einem anderen Gewand zeigt als bisher.

Die Individualisierung darf nicht als Aufforderung zu blankem Egoismus missverstanden werden. Gemeint sind Individuen, die sich in der Lage sehen, ihre

Interessen zu vertreten, aber nicht auf Kosten anderer.

Die Rolle des Staates ist immer wieder neu zu definieren. Er soll nicht allumfassend und allsorgend sein. Er soll aber vernünftige Rahmenbedingungen vorgeben, innerhalb derer sich der Markt entwickeln kann. Ein Staat auch, der seine eigenen Institutionen immer wieder überprüft, reformiert und im Licht dieser Prüfung Fragen nach sozialer Gerechtigkeit stellt und auch beantwortet.

Es muss möglich sein, miteinander zu reden. Auch und vor allem mit den jungen Menschen. Denn was immer beispielsweise hier in diesem Haus beschlossen wird, was immer wir als Bundesregierung umsetzen, es ist letztlich die Grundlegung für jenen Staat, in dem die Jünger von heute morgen leben und arbeiten müssen. Und so wie seit 1945 alle an einem Strang gezogen haben, Konflikte und viel Unaufgearbeitetes hinter sich lassend, dabei aber doch etwas schaffend, das Bestand hat und in dem wir heute gerne leben, sollten wir heute daran denken, fortzufahren und zu schaffen, was für unsere Jungen Bestand hat.

Denken wir in dieser festlichen Stunde auch daran, wie begütert wir sind und denken wir hier und heute an die, die in der Welt in Hunger, Entbehrung und Krieg leben müssen und von denen viele keine andere Perspektive vor sich haben als die des nahen Todes.

In einer vielleicht heute etwas pathetisch klingenden, zu seiner Zeit aber durchaus motivierenden Sprache, hat es der Gründervater der Republik, Dr. Karl Renner, in einem Lehrgedicht, dem "Weltbild der Moderne", so beschrieben:

"So schafft geteilte Müh die ganze Wahrheit,

Das Licht der vielen erst die Sonnenklarheit."

Das möge uns auch Auftrag für die nächsten Jahre der zweiten Republik sein!
(Fortsetzung)

nnnn

//NPA008,II,OTS//

Festsitzung

PARLAMENTS KORRESPONDENZ/27. 04. 1995/Nr. 324

Wien (PK) – Bundespräsident Dr. Thomas KLESTIL: Hohe Festversammlung! Die Geschichte des menschlichen Denkens kennt drei Grundfragen: Wer sind wir? Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Die Suche nach Antworten darauf begleitet jeden von uns – und jede Gemeinschaft von Menschen. Genau aus diesen Grundfragen erklärt sich auch die besondere Faszination aller Gedenktage, aller Jubiläen. Über ihnen liegt die Hoffnung, mehr zu erfahren, wie wir das wurden, was wir heute sind – und was morgen kommen könnte. Wenn wir aufhören zu werden, dann hören wir auf zu sein.

Jeder Mensch, jedes Volk und jeder Staat braucht Tage der Besinnung. Tage, an denen Rückschau zu halten ist. Denn die Geschichte ist der grosse, ja der einzige Lehrmeister, auf den wir uns wirklich verlassen können.

Kaum ein anderes Land in Europa hat in diesem Jahrhundert mehr Lehren erhalten als Österreich. Kaum ein Land ist in seinem Selbstverständnis schwerer erschüttert worden, bis es aus diesem opferreichen Prozess so überzeugend zu Freiheit und Unabhängigkeit, zu Demokratie und Wohlstand gefunden hat.

Diese tief zerklüftete Geschichte steht vor uns, wenn wir heute, am 50. Geburtstag der zweiten Republik, Bilanz ziehen – und uns ehrlich die Frage stellen, wie wir mit dem Vermächtnis von damals umgehen. Ich weiß natürlich, wie fragwürdig es ist, die Wiedergeburt Österreichs auf ein konkretes Datum zu fixieren.

- War es schon im Inferno des Krieges, in den Kerkern des Nationalsozialismus, als sich die Menschen dieses Landes wieder als Österreicher erlebten?
- War es an jenem denkwürdigen 27. April – dem Tag der Unabhängigkeitserklärung?
- Oder war es zwei Tage später, als die provisorische Regierung unter dem Jubel tausender Österreicher in dieses vom Krieg verwüstete Haus einzog – auf der Rampe begrüßt vom sowjetischen Stadtkommandanten und mit Sowjet-Offizieren auf den Abgeordnetenbänken?

Nur elf Tage zuvor war der Kampf um Wien zu Ende gegangen, hatte die Rote Armee die Stadt befreit. Sie kam tatsächlich als Befreier, auch wenn das viele Österreicher – vor allem jene, die unter Übergriffen zu leiden hatten, oder die von den Siegern des Krieges gefangen oder verschleppt wurden – nicht so empfunden haben.

Doch die Rote Armee brachte die "Moskauer Deklaration" vom Oktober 1943 mit, die zur "Magna Charta" des neuen Österreich werden sollte. Und damit war dieses zerstörte, zerschlagene Land befreit – war ein Freund der alliierten Mächte.

Dieser Entwicklung haben wir es zu verdanken, dass sich damals praktisch über Nacht Parteien neu belebten; dass eine Regierung gebildet wurde; dass der Wiederaufbau begann und Österreich trotz vierfacher Besetzung ungeteilt bleiben konnte.

So ist schon in jenen ersten Tagen der Republik das Fundament einer Erfolgsgeschichte gelegt worden, die ihresgleichen sucht – und die zehn Jahre später, mit dem Abschluss des Staatsvertrags, einen neuen Höhepunkt fand. Der Preis der Neutralität, den wir damals für die Unabhängigkeit zahlten, sicherte uns für Jahrzehnte auch noch einen privilegierten Platz des Friedens und der Stabilität im Kalten Krieg und im Entspannungsprozess der Supermächte.

Vieles mag zu diesem "Wunder Österreich" beigetragen haben: die Gunst der Stunde, die demokratische Reife, das Geschick der Österreicher und das nüchterne Kalkül der Grossmächte. All diese Ursachen zusammen aber schufen die Voraussetzungen für den Glücksfall Österreich. Dieses Geschenk ist von uns zurückgezahlt worden: durch Leistung, durch Stabilität, durch internationale Dienste. Österreich und die Alliierten des zweiten Weltkriegs sind einander nichts mehr schuldig. Denn die Rechnung Österreich ist aufgegangen!

Wir haben also allen Grund zur Feier. Der Erfolg dieser zweiten Republik ist letztlich der Erfolg einer Nation, die aus den furchtbaren Erfahrungen der Ersten Republik die Lehren gezogen hat: aus Pessimismus und Resignation, aus Gewaltbereitschaft und aus der Anfälligkeit für Feindbilder und Wahnideen. Sie hatten gelernt, dass es für das Leben einer Nation nichts Wichtigeres gibt als den Willen zur Selbständigkeit.

Es gehört mit zur Einmaligkeit unserer Geschichte, dass es dieselben

Gesinnungsgemeinschaften und dieselben Persönlichkeiten waren, die damals – im Wissen um vergangene Irrtümer – gelobten, das künftige Österreich ganz neu zu gestalten.

Die grösste Schwäche der Ersten Republik war das Fehlen einer positiven Staatsgesinnung. Heute ist das Bekenntnis zu dieser Republik unbestritten, die Österreicher stehen mit Stolz zu ihrer Heimat.

Sie waren aber auch entschlossen, sich im Gedenken an den furchtbaren Blutzoll von innerer und äusserer Diktatur, von Bürgerkrieg und Weltkrieg, niemals mehr von Nationalismus, Engstirnigkeit und Intoleranz verführen zu lassen.

So ist die zweite Republik nicht nur ihren Bürgern eine Heimat geworden. Ihr Werden und Wachsen ist auch eine Erfolgsgeschichte internationaler Solidarität. Es war vor allem der Marshallplan, der den hungernden und frierenden Menschen das Leben wiedergab. Die Österreicher haben das nicht vergessen – so wurde die Solidarität auch unser erfolgreichster Dienst an der Nachkriegspolitik:

- Ich erinnere an die ungezählten verzweifelten "Nachbarn in Not", die auf unsere Nächstenhilfe vertrauen konnten.
- An die Fürsorge für hunderttausende Flüchtlinge aus dem Osten.
- An die Betreuung jüdischer Emigranten aus der Sowjetunion auf ihrem Weg in eine neue Heimat.
- An die Integration von hunderttausenden deutschsprachigen Vertriebenen aus den verschiedensten Ostländern, aber auch aus Ungarn, Tschechien und Polen. Sie alle haben später wesentlich zum Wiederaufbau Österreichs und zu unserem Wohlstand beigetragen – das gilt auch für die Gastarbeiter, ohne deren Leistungen unser Land nicht funktionieren würde.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch meine Betroffenheit nicht verschweigen, dass die ab dem März 1938 vertriebenen Mitbürger viel zu spät zur Heimkehr eingeladen wurden. Auch sie hätten hierher gehört – auch sie, die sich trotz ihres furchtbaren Schicksals eine tiefe Liebe zu ihrer alten Heimat bewahrt haben,

hätten sicher unschätzbare Beiträge zur österreichischen Demokratie und Kultur geleistet.

Wir sollten nie vergessen: Jene "Moskauer Deklaration", die uns als erstem Opfer Hitlers das Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit garantiert hat, liess gleichzeitig keinen Zweifel daran, dass Österreich – ich zitiere wörtlich – "für die Beteiligung am Krieg auf Seiten Hitler-Deutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann".

Es hat lange gedauert, bis wir uns auch dieser Wahrheit gestellt haben. Bis wir uns ehrlich fragten, wie es möglich war, dass der Nationalsozialismus auch bei uns so viel Zuspruch finden konnte! Dass rund 200.000 jüdische Mitbürger verfolgt und vertrieben – und 65.000 von ihnen ermordet werden konnten; ein Schicksal, das auch viele österreichische Romas und Sintis traf. Dass es keinen militärischen und nur einen begrenzten politischen Widerstand gab – umso heroischer die totale Hingabe jener, die ihn trotzdem wagten.

Wir mussten uns auch fragen, wie zehntausende Österreicher als politische Gegner der NS-Diktatur so spurlos in Gefängnissen und Konzentrationslagern verschwinden konnten, aus denen allzuvielen nicht wiederkehrten!

Alle diese Fragen haben uns eingeholt – und manche späte Antwort war dann verzerrt und ohne Verständnis für die Zwänge einer Diktatur. Ohne Verständnis für die ungezählten Österreicher, die gegen ihren Willen in eine fremde Uniform gesteckt wurden. Und auch ohne Verständnis für die Entschlossenheit der Nachkriegs-Politiker, die Republik in den Zeiten des Wiederaufbaus nicht erneut auseinanderzureißen.

Heute aber wiegen die Überlegungen von damals nichts mehr. Und so meine ich, dass Vergangenheit nie bewältigt, aber sehr wohl aufgearbeitet werden kann – wenn Fakten klargestellt, Opfer endlich entschädigt und menschenfeindliche Ideologien als solche erkannt und überwunden werden!

Die überwältigende Mehrheit der Österreicher ist heute nicht mehr für Ausgrenzung und Hass zu haben. So zeigen gerade die jüngsten Reaktionen auf

Fremdenfeindlichkeit, auf radikale Umtriebe, auf den mörderischen Bombenterror – von wo immer er kommt –, dass sie sich nicht mehr so leicht von Extremismen verführen lässt. Die bestürzende Welle der Gewalt macht aber auch deutlich, dass der Ungeist nie tot ist – und wie notwendig es ist, historische Wahrheiten nicht auszublenden. Erst wenn auch die bittere Vorgeschichte der 2. Republik ein selbstverständlicher Teil unseres geschichtlichen Erbes sein wird, erst dann stehen wir wirklich auf festem Boden. (Fortsetzung)

nnnn

//NPA009, II, OTS//

Festsitzung

PARLAMENTS KORRESPONDENZ/27.04.1995/Nr. 325

Wien (PK) – Bundespräsident Dr. KLESTIL setzt fort: Hohe Festversammlung! Vor 50 Jahren erlebte unsere Heimat eine Zeitenwende von historischen Ausmassen. Aus den Trümmern von Krieg und Diktatur

wuchs damals eine für Österreich einmalige Periode der Stabilität und des äusseren und inneren Friedens.

Heute, ein halbes Jahrhundert später, stehen wir wieder an einer Wegkreuzung. Unter dem Druck des europäischen Wandels nimmt auch Österreich Abschied von der Nachkriegsperiode:

- Viele Strukturen, die unser Land seit 1945 geprägt haben, sind unter dem Firis einer 50jährigen Stabilität langsam etwas rissig geworden, haben an Wirksamkeit und an Überzeugungskraft eingebüßt. Und manches als unsinkbar geltende Schiff ist in Seenot geraten oder gar gesunken.
- Die ausgeklügelten Konzepte der Machtteilung, die damals entscheidend mitgeholfen haben, die Konfrontation der Zwischenkriegszeit zu überwinden, haben heute viel von ihrer Berechtigung verloren.
- Auch die Parteien, denen die zweite Republik so viel verdankt, sind durch den Rückzug der grossen Weltanschauungen, durch den sozialen Wandel unter Druck geraten.
- Die Bürger haben kein Verständnis mehr für überzogene Einflussbereiche der Parteien, aber auch des Staates. Manche von ihnen rufen nach neuen Institutionen – ohne Rücksicht auf das, was gut und erhaltenswert ist. Andere reagieren verdrossen und nehmen Abschied von der Mitverantwortung – die grösste Gefahr für die Demokratie ist heute die Gleichgültigkeit!

Es gibt kaum Parallelen zwischen der dramatischen Geburtsstunde der zweiten Republik und dem Österreich von heute – wir leben gottlob in einer anderen Zeit und in einer anderen Welt. Trotzdem bleibt vieles, was damals die Politik geprägt hat, auch

heute gültig; und ich möchte einiges davon in Erinnerung rufen:

- Ich meine, wir brauchen auch heute gemeinsame Ziele, die über das Verwalten von Notwendigkeiten und das Verteidigen von Gruppeninteressen hinausgehen. Fortschritt braucht Träume. Kreativität braucht Inspiration. Nichts darf uns davon abhalten, gemeinsam für eine noch bessere, noch gerechtere Gesellschaft zu arbeiten. Wir müssen Ziele vorgeben, Visionen haben und für konkrete Vorhaben begeistern können. Viele Bürger sind zur Mitarbeit, ja zu Opfern bereit, wenn wir sie von deren Sinnhaftigkeit überzeugen.
- Ich meine, wir müssen auch mehr miteinander reden. Es steht nicht immer gut um unsere politische Dialogfähigkeit. Der Verlust gesicherter Ideologien und Lager hat den demokratischen Diskurs nicht erleichtert – im Gegenteil: Diskussionen werden oft taktisch und vielfach polemisch geführt. Das entspricht vielleicht den Spielregeln einer Medien-Gesellschaft, nicht aber den dringenden Reform-Aufgaben einer Wendezeit. Und es entspricht ganz sicher nicht den Wünschen der Bürger. Die Demokratie braucht nicht nur Wahlen und Mehrheits-Entscheidungen, sondern auch unzählige geduldige Gespräche.
- Ich meine, die Gründungsväter waren auch Vorbilder einer Politik der menschlichen Nähe. Wer nur noch in Statistiken, Umfrage-Ergebnissen, in Einschaltquoten denkt, verbreitet Kälte und Egoismus. Auf dem Weg zwischen Politik, Bürokratie und Bürger ist uns zudem viel von einer gemeinsamen Sprache abhandengekommen. Und wir gehen zu oft rücksichtslos und herzlos mit Menschen um – übrigens auch mit denen, die in Österreich öffentliche Aufgaben zu erfüllen haben.
- Ich meine, wir sollten uns auch mehr Mut leisten. Wir neigen dazu, uns vor Veränderungen zuerst einmal "sicherheitshalber zu fürchten". Unserer Demokratie darf es nicht an Spontaneität und Lebendigkeit fehlen. Und eine weites Feld für mutige Politik darf nicht unbeachtet bleiben – von der Stärkung der direkten Demokratie bis zur entschlossenen Medienpolitik, vom konsequenten Umweltschutz bis hin zur offenen Diskussion über Fragen der Sicherheitspolitik. Erinnern wir uns, wieviel persönlichen Mut nicht nur Männer wie Renner und Körner, Figl und Schärf,

sondern auch die einfachen Bürger in den Jahren der Besetzung aufbringen mussten, um dem neuen Österreich möglichst grosse Freiheitsräume zu sichern.

– Ich meine, wir müssen auch lernen, mit der Freiheit besser umzugehen. Damals, im April 1945, wussten die Österreicher genau, was Freiheit bedeutete. Heute erkennen wir mehr und mehr, dass Freiheit nicht nur ein Geschenk, sondern auch eine grosse – vielfach eine übergrosse – Bewährungsprobe ist. Wir stehen ratlos vor der Tendenz, Freiheit nur als Anhäufung von Rechten und Ansprüchen und als eine Möglichkeit zu verstehen, sich auf jede erdenkliche Weise auszuleben. Eine solche Komfort- und Genusskultur ohne soziale Verantwortung gefährdet letztlich auch das Fundament, auf dem diese Republik errichtet wurde. Wir müssen gerade der Jugend deutlich sagen, dass ihre Suche nach Glück und Frieden nur erfolgreich sein kann, wenn wir uns wieder als solidarische Gemeinschaft begreifen.

– Ich meine auch, wir brauchen unterwegs ins grössere Europa ein noch stabileres Österreichbewusstsein – widerstandsfähig gegen übertriebenes Pathos, aber auch gegen latente Unsicherheit.

Richtig verstandener Patriotismus grenzt nicht ab, grenzt nicht aus, sondern verbindet – und befähigt uns, miteinander Freude und Leid zu teilen, aber auch manche notwendige Auseinandersetzung auszutragen, ohne das Gemeinsame aus den Augen zu verlieren. Weltoffenheit und Patriotismus sind keine Widersprüche – und gerade Österreich tut gut daran, seine tiefen europäischen Wurzeln und seinen Reichtum an Grenzüberschreitung wieder neu zu entdecken. Diese Rückbesinnung kann uns Österreichern auch helfen, jenen "Mythos der Kleinheit" kritisch zu hinterfragen, der unter den Vorzeichen des Kalten Krieges sicher sinnvoll war, aber im grösseren Europa von morgen leicht in Enge und Provinzialismus umschlagen könnte.

– Zum Vermächtnis der Gründerväter der zweiten Republik gehört auch eine Politik, die den Menschen mehr Optimismus, mehr Hoffnung und Vertrauen gibt. Wir alle wissen, wie schwer das gerade in einer Welt des Wohlstands ist – denn Erreichtes erzeugt mehr Unzufriedenheit als das Nichteerreichte. Dennoch meine ich, es gibt bei

uns zu viel vorauseilenden Pessimismus – und zu wenig Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Auch hier ist die Geschichte ein unersetzlicher Lehrmeister:

- Österreich galt am Beginn dieses Jahrhunderts als "Versuchsstation des Weltuntergangs".
- Es ist in den vergangenen 50 Jahren unter schwierigsten Vorzeichen zum bewunderten Schaufenster für Stabilität und Frieden, für internationale Verständigung und Nächstenhilfe geworden.
- Und es hat heute alle Voraussetzungen, um auch im neuen Europa zum Modell einer lebenswerten Zukunft zu werden. Und ich meine, nie hat der Glaube an Österreich mehr Berechtigung gehabt als heute!

Hohe Festversammlung! Die Erfahrung der zweiten Republik heisst: was wir gemeinsam und entschlossen beginnen, das gelingt auch!

So bitte ich Sie an diesem Festtag: Arbeiten wir weiterhin gemeinsam für unsere geliebte Heimat, die Republik Österreich! (Schluss)

nnnn